

EDITORIAL



❖ Die Rituale der Empörung haben immer kürzere Verfallsdaten – und sie werden immer häufiger für andere Zwecke instrumentalisiert. Das gilt auch für die Antisemitismusdebatte um die FDP im Gefolge von Äußerungen des Parteivize Jürgen W. Möllemann. Was sind die Ergebnisse der Möllemann- beziehungsweise FDP-Debatte, was war gewollt?

Nach den fiebrigen politischen Aufregungen ist zunächst einmal unstrittig, dass weder die FDP noch ein wachsender Anteil der deutschen Bevölkerung anfällig sind für antisemitische oder antidemokratische Versuche.

Was wollte Möllemann? Zuerst einmal wollte er der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit knapp machen und die rot-grüne Koalition auf eine Zerreißprobe stellen. Dann wollte er zeigen, wer mit der 18-Prozent-Strategie erfolgreich ist und die FDP eigentlich führt.

Das Ergebnis läuft diesen Absichten exakt zuwider: Das indirekte Kokettieren mit Rot-Gelb in Nordrhein-Westfalen hat dazu geführt, dass der FDP zumindest im Bund nur die schwarz-gelbe Option bleibt. Statt der Inthronisierung eines heimlichen Parteichefs Möllemann bleibt ein geschwächter Parteivorsitzender Westerwelle auf der Walstatt zurück.

Der Versuch, durch Einbeziehung eines Protestwählerpotentials, von welcher Richtung auch immer, die Erfolge der niederländischen Fortuyn-Partei nachzuahmen, zeigte zumindest die Grenzen einer Selbstdarstellungspartei in Deutschland. Auf Dauer ist es zu wenig, nur noch Spaß zu inszenieren und nach außen kaum noch politische Inhalte zu kommunizieren.

Es zeigt aber auch, wie schnell eine durchaus erfolgreiche Strategie für einen parteipolitischen Aufbruch überdreht und vom politischen Gegner instrumentalisiert werden kann. Der SPD-Vorsitzende Schröder ergriff

sofort die Gelegenheit, um die FDP als zerstritten und ihre Führung als schwach darzustellen und sie so mit dem Ruch der Regierungsunfähigkeit zu behaften. Als Brioni-Kanzler hatte er ja schon

persönliche Erfahrungen mit den Risiken von Spaßpolitik und innerparteilicher Zerstrittenheit gemacht.

Schröder hofft, die FDP so schwächen zu können, dass nach der Wahl ohne die SPD nicht regiert werden kann. Er tut dies aber in erster Linie um abzulenken. Er griff sofort an, weil er für den 22. September weder genügend Erfolge vorweisen noch überzeugende Ziele setzen kann. Schröder will aber auch sein eigentliches politisches Dilemma verstecken: Er hat kein „rot-grünes Projekt“ und keine „neue Mitte“ mehr und es steht im Wahlkampf auch kein reaktionärer politischer Popanz als Gegner zur Verfügung.

Schröder erweist sich immer mehr als Repräsentant einer verspätet an die Macht gekommenen Generation. Ihr sind die Utopien und Projekte genauso ausgegangen, wie sie sich den Kerngruppen der eigenen Wählerschaft entfremdet hat. Für die Ergrauung dieser Politikergeneration ist es im Übrigen kennzeichnend, dass im Juni 2002 das Durchschnittsalter des Kabinetts Schröder 55,5 Jahre beträgt – im Juni 1998 betrug das Durchschnittsalter des Kabinetts Kohl 53,8 Jahre.

In Europa findet zudem ein politischer Zeitenwechsel statt. 1998/99 hatte das „sozialdemokratische Zeitalter Europas“ in zwölf von fünfzehn EU-Ländern linke Regierungen, heute sind es noch sechs. Das Ende des rot-grünen Projektes in Deutschland entspräche also auch dem Verebben einer sich schnell verbrauchenden linken Strömung in Europa. ❖

he. gono